

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Joana Cotar, Barbara Lenk, Eugen Schmidt, Beatrix von Storch und der Fraktion der AfD

Zur Geschwindigkeit beim geplanten Glasfaserausbau

Im März 2022 hat der Bundesminister für Digitales und Verkehr Dr. Volker Wissing die Eckpunkte einer Gigabitstrategie vorgestellt (<https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2022/010-wissing-eckpunkte-gigabitstrategie.html>). Dieses Papier identifiziert die Digitalisierung als „Booster für mehr Fortschritt, für mehr Klimaschutz, für neue Chancen“ (https://bmdv.bund.de/SharedDocs/DE/Anlage/K/presse/010-eckpunkte-gigabitstrategie.pdf?__blob=publicationFile, hier S. 3). Hinsichtlich der Infrastruktur setzt das Bundesministerium für Digitales und Verkehr auf einen flächendeckenden Glasfaserausbau. In einem ersten Schritt soll bis 2025 die Anzahl der Glasfaserausanschlüsse verdreifacht werden, bis 2030 soll dann „Glasfaser bis ins Haus“ vorliegen (ebd.). Im Jahr 2017 hatte die damalige Bundesregierung noch das Jahr 2025 als Termin für ein hochleistungsfähiges Breitbandnetz mit „Netzgeschwindigkeiten im Gigabit-Bereich“ angekündigt (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/von-der-digitalen-zur-gigabit-gesellschaft-229262>).

Das Land Niedersachsen hat sich kritisch auf diese Ziele der Bundesregierung bezogen und sieht sich in seinen eigenen Bemühungen um ein schnelles Internet für alle ausgebremst. Die niedersächsische Landesregierung formuliert das Ziel, bereits bis 2025 alle Haushalte im Bundesland mit gigabitfähigen Anschlüssen zu versorgen (<https://www.mw.niedersachsen.de/startseite/themen/digitalisierung/digital-strategie-niedersachsen-167922.html>). Die Rahmen- und Förderbedingungen der geplanten Gigabitstrategie der Bundesregierung seien hingegen geeignet, den Ausbau der Glasfaserleitungen unnötig zu verzögern (<https://www.svz.de/deutschland-welt/politik/artikel/niedersachsen-fordert-vom-bund-mehr-tempo-bei-schnellem-internet-41908974>).

Einem weiteren Pressebericht zufolge ist es dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr bislang nicht gelungen, in den Verhandlungen mit den Bundesländern und der Telekommunikationsbranche über ein neues Förderprogramm einen tragfähigen Kompromiss vorzulegen (<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/gigabitstrategie-breitbandausbau-laender-rebellieren-gegen-digitalminister-wissing/28354204.html>). Überdies hat das Land Mecklenburg-Vorpommern eine Initiative in den Bundesrat eingebracht, der sich Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein angeschlossen haben (Bundratsdrucksache 209/22). Diese Initiative verfolgt das Ziel, die je spezifischen Förder- und Ausbaustrategien der Länder nicht durch eine Förderkulisse nach bundeseinheitlichen Regelungen einzuschränken (ebd., S. 2).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hat die Bundesregierung Kenntnis von der in der Presse veröffentlichten Kritik mehrerer Landesregierungen an ihren Zielen zur Gigabitversorgung der Bevölkerung (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

2. Hat sich die niedersächsische Landesregierung mit ihrer kritischen Position zu den zeitlichen Zielen des Gigabitausbaus (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller) direkt an das Bundesministerium für Digitales und Verkehr gewandt, und wenn ja, auf welchem protokollarischen Weg?

Wenn ja, was genau wird an den Eckpunkten zur Gigabitstrategie des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr kritisiert, und mit welcher Begründung (bitte ausführen)?

3. Aufgrund welcher Erkenntnisse und Überlegungen hat die Bundesregierung ihre genannten Ziele zum bundesweiten Glasfaserausbau, zur Verdreifachung der Anschlüsse bis 2025, zur Versorgung aller Haushalte bis 2030, formuliert (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller; bitte ausführen)?

Warum ist die jetzige Bundesregierung von den Plänen der Vorgängerregierung abgerückt, ein gigabitfähiges Netz für Deutschland bereits 2025 anzustreben (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

4. Wie ist der derzeitige Stand der Verhandlungen zum Breitbandausbau mit den Bundesländern und den Unternehmen der Telekommunikationsbranche (bitte nach Themen, bereits erzielten Kompromissen und ggf. weiterhin strittigen Punkten aufschlüsseln)?

5. Hat die Bundesregierung beim Formulieren ihrer genannten zeitlichen Ziele zur Versorgung der Bevölkerung mit gigabitfähigen Glasfaseranschlüssen die je spezifischen Ausgangslagen der 16 Bundesländer berücksichtigt, und wenn ja, wie?

Soll nach den Plänen der Bundesregierung der geförderte Netzausbau bevorzugt in jenen Bundesländern respektive Regionen stattfinden, die aktuell den größten Rückstand in der Versorgung aufweisen?

6. Wird die Bundesregierung die Forderung der Bundesländer aufgreifen, im Rahmen der kommenden Gigabitstrategie den Breitbandatlas und das Mobilfunk-Monitoring zu einem „Dashboard Digitale Infrastruktur“ weiterzuentwickeln (siehe Bundesratsdrucksache 209/22, S. 3), um dergestalt die Versorgungssituation im Festnetz und Mobilfunk kombiniert darstellen zu können, und wenn nein, warum nicht?

7. Kann die Bundesregierung angeben, wie gemäß den vorliegenden Eckpunkten der Gigabitstrategie die Bundesländer Einfluss nehmen können auf das Tempo der Planung, der Genehmigung und des Baus neuer gigabitfähiger Glasfaseranschlüsse (wenn ja, bitte ausführen)?

8. Wie wird die Bundesregierung gemäß den vorliegenden Eckpunkten der Gigabitstrategie ggf. Einfluss nehmen auf das Tempo der Planung, der Genehmigung und des Baus neuer gigabitfähiger Glasfaseranschlüsse (bitte ausführen)?

9. Wann genau wird die Bundesregierung die angekündigte Gigabitstrategie vorlegen?

Welche Kritikpunkte der Bundesländer an den bisher vorliegenden Eckpunkten einer Gigabitstrategie werden ggf. Aufnahme in die Gigabitstrategie finden, und welche nicht (bitte ausführen und begründen)?

Berlin, den 23. Mai 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

